

Neues von der Bürgerinitiative



15.11.2021 Die Rheinspange zwischen A59 und A555 soll forciert werden! Das fordert die Verkehrskommission des Regionalrats der Bezirksregierung Köln von der Ampelkoalition in einer Resolution. SPD, CDU und FDP setzten sich dabei gegen Grüne und Linke durch.

Inhalt der Resolution siehe: https://bezreg-koeln.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZYfk6Z4wcWrxDdmg5rJQYyR01jLrLwxkliSRyShZCGC/Der_Dringlichkeitsbeschluss.pdf

Obwohl die Entscheidungshoheit für oder gegen den Bau der Rheinquerung beim Bund liegt, wird dem Regionalrat eine bedeutende beratende Funktion beigemessen. Deshalb haben wir in Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen aus Bonn, Niederkassel, Porz-Langel, und Urfeld und des Landschaftsschutzvereins Vorgebirge umgehend eine Gegen-Resolution erstellt, welche den Fraktionsvorsitzenden des Regionalrates als Dringlichkeitsantrag vorgelegt wird.

Sobald diese Schreiben auf dem Weg sind, werden wir Sie/Euch vom Inhalt der Resolution unterrichten.

Sitzung des 8. Dialogforum der Autobahn GmbH am 07.12.2021

Für Dienstag, den 07. Dezember hat die Autobahn GmbH auch unsere BI zur Teilnahme am 8. Dialogforum eingeladen. Neben dem Sachstand zur Rheinspange soll das Projekt unter dem Aspekt des Klimaschutzes sowie im Zusammenhang mit verschiedenen Formen des ÖPNV in der Region betrachtet werden.

Es bleibt abzuwarten inwieweit neue Erkenntnisse der vertieften Untersuchung vorgestellt und diskutiert werden. Wir werden uns zu den speziellen Punkten für eine Diskussion entsprechend vorbereiten und über die Ergebnisse des Forums berichten.

Das Dialogforum ist Bestandteil des Beteiligungskonzeptes und stellt laut Autobahn GmbH einen wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsbeteiligung am Planungsprozess der Rheinspange dar. Etwa 2-3 Mal pro Jahr werden ca. 40 Teilnehmer von Verbänden, Kommunen, Bürgerinitiativen und ausgewählte Bürger aus der Region zu dem Forum eingeladen. Der Zweck der Veranstaltung dient im Wesentlichen dem Informationsaustausch, weniger der Mitgestaltung und in keiner Weise der Mitbestimmung.

07.10.2021: Rechtsgutachten zum Bundesverkehrswegeplan sagt: BVWP ist verfassungswidrig!

Ein Rechtsgutachten im Auftrag des BUND kommt laut dem Verband zu dem Schluss, dass der Bundesverkehrswegeplan verfassungswidrig ist und EU rechtliche Vorgaben nicht einhält. Die Fernstraßenplanungen, die zu einer Erhöhung der Treibhausgasemissionen führten, seien mit Grundgesetz und Klimaschutzgesetz demnach nicht vereinbar, teilte der BUND mit. Aus Sicht des Umweltverbandes ist es daher fraglich, ob der Plan noch

verbindlich einen Bedarf für einzelne Fernstraßenprojekte wie etwa die Rheinspange 553 vorgeben darf.

Laut TAZ plant der BUND allerdings nicht, auf Grundlage des Gutachtens vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Ein Verfahren dauere Jahre, sagte BUND Geschäftsführerin von Broock. „Wir müssen jetzt Tempo machen.“ Im Jahr 2022 steht die turnusmäßige Prüfung des Bundesverkehrswegeplans an. Dann müsse er völlig neu ausgerichtet werden, denn ein Festhalten an dem Straßenbauprogramm verhindere das Einhalten der Klimaziele im Verkehr, sagte von Broock: „Für den BUND ist das ein Gradmesser für ein Mitregieren von Bündnis 90/Die Grünen.“

BUND Presseportal: <https://www.presseportal.de/pm/7666/5040427>

Unmut beim Ausbau der A1/ A3 bei Leverkusen -Tunnelvariante abgelehnt

Bereits im November letzten Jahres hatte eine Entscheidung gegen die Tunnelvariante in Leverkusen im Stadtrat und bei vielen Bürgern für Empörung gesorgt. Trotz der von Stadtrat, namhaften Politikern und Bürgern geforderten Tunnelvariante entschied der Bundesverkehrsminister den oberirdischen Ausbau der A1/ A3. Das hat eine kilometerlange Hochstraße auf Stelzen durch weite Teile Leverkusens zur Folge.

RP-Online schreibt dazu: https://rp-online.de/nrw/staedte/leverkussen/leverkussen-a1-und-a3-werden-ausgebaut-kein-tunnel-sondern-stelze_aid-54846823

Ein kürzlich vom WDR ausgestrahlte Sendung in der Lokalzeit berichtet von neuem Unmut beim A3 Ausbau, neben Leverkusen wehren sich die Städte Leichlingen, Solingen, Langenfeld und Hilden gegen die Planungen zum Ausbau: (An dieser Stelle Danke für diesen Hinweis von einem unserer Unterstützer)

<https://www1.wdr.de/fernsehen/lokalzeit/koeln/videos/video-lokalzeit-aus-koeln---1526.html>

In wie weit die dortige Vorgehensweise und die Aktivitäten der Bürgerinitiativen auch auf den Bau der Rheinquerung/Rheinspange reflektiert bleibt ab zu warten. Wir beobachten diese Entwicklungen weiter um ggf. Handlungsweisen ab zu leiten.

SPD-Vorstoß beantragt Bürgerbefragung zum Bau der Rheinspange im Rhein Sieg Kreis

In unserem Newsletter Nr 4 hatten wir bereits dem Vorstoß der Herren Hartmann und Kutschaty (SPD), eine Bürgerbefragung über das Ob und Wo zum Bau der Rheinspange im Rhein-Sieg Kreis durchführen lassen, eine Absage erteilt. Mitte Oktober d.J. lehnte nun auch der Kreistag Rhein Sieg einen entsprechenden Antrag ab.

Der General Anzeiger schrieb dazu: https://ga.de/region/sieg-und-rhein/niederkassel/niederkassel-rheinspange-kreistag-lehnt-buegerbefragung-ab_aid-63491717

Für die Bürgerinitiative „NEIN zur Rheinspange, JA zur Nulllösung“

Christine Schreier, Norbert Kemmer (Sprecher), Michael Vöpel, Dieter Zimny